



Ergebnisdokumentation des Bürgerdialogs zu Europa in Bad Mergentheim

19.5.2018

I. Allgemein

Am 19. Mai 2018 kamen rund 50 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger aus Bad Mergentheim im Kurhaus der Stadt Bad Mergentheim für einen Vormittag zusammen, um im Rahmen des Europadialogs des Landes Baden-Württemberg ihre Meinungen zu Europa einzubringen und gemeinsam Ideen für die zukünftige Gestaltung der EU zu entwickeln. Eingeladen hatte die Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung Gisela Erler und Herr Oberbürgermeister Udo Glatthaar. Geleitet und moderiert wurde der Dialog von der IFOK GmbH.

II. Leitsätze der Bürgerinnen und Bürger

Bei ihrem Ankommen wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gebeten, die Leitsätze „Wenn ich EU höre, denke ich an...“ und „Meine EU braucht in Zukunft...“ zu vervollständigen. Die Sammlung dieser ersten Abfrage spiegelt die individuellen Einstellungen, Assoziationen und persönlichen Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger wider.

Meine EU braucht in Zukunft...

- Stabilität, Sicherheit, Solidarität, Zusammenarbeit, Kommunikation und Toleranz.
- Mutige Leute ohne übertriebene nationale Egoismen.
- Mehr Zusammenarbeit und mehr Absprachen bei Migration.
- Eine Integrationspolitik des Miteinanders.
- Mehr einheitliche Standards und weniger nationale Ausnahmen.
- Mehr Einfluss und Durchsetzungskraft.
- Ein EU-Parlament, dass mehr / alle Rechte hat.
- Ein Mehrheitsrecht bei Abstimmungen im Parlament.
- Gemeinsame Streitkräfte.
- Förderungsprogramme für erneuerbare Energien und ökologische Landwirtschaft.
- Weniger Diskussionen, mehr Taten.
- Ganz viele Menschen, die hinter ihr stehen und sie beschützen sowie verteidigen.
- Stabile Partner und eine gemeinsame Strategie.
- Weniger Bürokratie.
- Mehr Bürgernähe.
- Mehr demokratische Einflussnahme durch

Wenn ich EU höre, denke ich an...

- Freiheit, Frieden, Zusammenhalt, Gemeinschaft, Solidarität, Kooperation.
- Unterstützung der „schwächeren“ Staaten“ durch die „reicheren“ Staaten.
- Den Euro.
- Helmut Kohl, die fünf Gründerstaaten und freie Marktwirtschaft.
- An eine große Familie, die auch in schwierigen Zeiten zusammenhält.
- Die Vielfalt.
- Offene Grenzen / Schengenraum.
- Regulierung.
- Stabilität.
- Europaparlament.
- Finanzkrise.
- Demokratie.
- Deutschland.
- Den europäischen Gedanken / ähnliches Werteverständnis.
- Gemeinsame Ziele.
- (Bröckelnde) Gemeinsamkeiten.
- Zahnloser Tiger.
- Undemokratische Abläufe.

Bürgerinnen und Bürger.

- Mehr Einigkeit unter den Mitgliedstaaten.
 - Mehr Zusammengehörigkeit – insbesondere bei jungen Menschen.
 - Mehr gemeinsames Auftreten.
 - Große Unabhängigkeit gegenüber anderen.
 - Bildung für alle.
 - Eine Kernverwaltung.
 - Echte Europäer/innen.
 - Visionen und Kraft.
 - Mehr Einigkeit.
- Nichtfunktionierende Landwirtschaftspolitik.
 - Freihandelsabkommen.
 - Gemeinsamen Wirtschaftsraum / Zollunion / freien Warenverkehr.
 - Brüssel.
 - 28 sehr unterschiedliche Länder.
 - Menschen.
 - Freie Wohnortwahl.
 - Arbeitnehmerfreizügigkeit.
 - Ein Konzept der Zusammenarbeit, welches für uns wie selbstverständlich scheint.
 - Ein starkes einiges Europa zum Wohle aller Mitgliedstaaten.
 - An einem Strang zu ziehen, egal welche Religion oder Herkunft man hat.

III. Themen

Die Diskussionsthemen waren vorab nicht festgelegt, sondern kamen von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern selbst. Die Themen und Fragen, die den Bürgern am wichtigsten waren, wurden zunächst in Kleingruppen gesammelt, diskutiert und priorisiert und anschließend von der Moderation geclustert. Dabei konnten acht Themenkomplexe identifiziert werden. Jedes Thema wurde daraufhin einem Tisch zugeteilt, wobei die Themen „Wirtschaft“ und „Finanzen / Euro“ noch zu einem Thema zusammengefasst wurden. Die Teilnehmenden konnten sich den Thementischen frei zuordnen und das Thema diskutieren, das ihnen besonders wichtig war. Die Aufgabe an den Thementischen bestand zunächst darin, entlang der zwei Leitfragen „Was ich an der EU schätze“ und „Was ich an der EU nicht schätze“ in die Diskussion einzusteigen und ein Meinungsbild des Status Quo zu erstellen. Auf dieser Grundlage erfolgte im nächsten Schritt die Entwicklung von Ideen für die zukünftige Gestaltung Europas. Im Laufe der Diskussion hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer zweimal die Möglichkeit, ihren Tisch zu wechseln, so dass sie sich auch zu anderen Themen einbringen, das Meinungsbild ergänzen und die Ideen weiterentwickeln konnten.

Thema Migration / Flüchtlingspolitik

Meinungsbild Status Quo

- Positiv gesehen wird die Hilfsbereitschaft der EU bei der Aufnahme von Flüchtlingen, das ehrenamtliche Engagement für Flüchtlinge sowie die Chancen durch den Zuzug von Migranten.
- Negativ gesehen wird die ungleiche Verteilung von Flüchtlingen in der EU, das Dublin-Abkommen wird als ungerecht für EU-Länder mit Außengrenzen kritisiert. Daneben wird die

praktische Umsetzung der Flüchtlings- und Integrationspolitik auf nationaler Ebene negativ wahrgenommen, insbesondere die lange Dauer von Asylverfahren, bürokratische Hemmnisse, Benachteiligungen von Migranten bei Bewerbungen, die Abschiebung gut integrierter Flüchtlinge, die schlechte Organisation von Integration sowie der Vorschlag für Ankerzentren.

Ideen für die Zukunft der EU

- Einheitliche Regelungen auf europäischer Ebene: Bindende Richtlinien, an die sich alle Mitgliedstaaten halten müssen, verpflichten alle Mitgliedstaaten gleichermaßen zur Aufnahme von Flüchtlingen. Bei Nichteinhaltung sollen Konsequenzen, z.B. in Form finanzieller Sanktionen, möglich sein. Überforderte Mitgliedstaaten sollen mehr Unterstützung erfahren.
- Einwanderungsgesetz und ein einheitliches Asylrecht, das einheitlichere und schnellere Asylverfahren ermöglicht sowie die Förderung von Toleranz und Anerkennung gemeinsamer europäischer Grundwerte, z.B. durch einen Ethikunterricht für alle EU-Staaten statt Religionsunterricht.
- Integration: Zuschüsse für (Sport-)Vereine in der Flüchtlingsarbeit gefordert, eine schnellere Überprüfung und einfachere Anerkennung von Qualifikationen (z.B. im Handwerk) sowie die verstärkte Aufklärung über Integrationsvorgänge, um Vorurteile abzubauen. Auch der Wunsch nach einem stärkeren Zusammenhalt von EU-Bürgern/innen und Flüchtlingen wird deutlich.
- Mit Blick auf die zukünftigen Herausforderungen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik werden außerdem das Bekämpfen von Ursachen der Flüchtlingswelle sowie das Vorbereiten auf Klimaflüchtlinge angeregt.

Thema Klima- und Umweltschutz

Meinungsbild Status Quo

- Geschätzt wird an der EU in diesem Bereich, dass Umweltschutzregelungen (z.B. gegen Luftverschmutzung) zu greifen beginnen und die EU versucht, internationale Abkommen einzuhalten. Außerdem bietet die EU jungen Menschen die Möglichkeit, z.B. in der Forschung aktiv zu werden.
- Nicht geschätzt wird hingegen, dass es in vielen Bereichen keinen direkten Zugriff auf Mitgliedstaaten gibt, der Konsequenzen möglich macht. Fehlende Regelungen im Bereich „Nachhaltigkeit“ werden ebenso kritisch gesehen wie eine generelle Zieldesorientierung und fehlende Differenzierung zwischen Konsument und Produzent. Negativ assoziierte Begriffe sind zudem die Verkehrspolitik, ein „Nahrungsmittelverpackungswahn“, übertriebene behördliche Vorgaben („Hygienewahn“) sowie ein unrealistischer Verbraucherschutz (z.B. Vorgaben Stromverbrauch).

Ideen für die Zukunft der EU

- Verkehr: Einheitliche Verkehrspolitik und Einführung einer europaweit einheitlichen Maut, Ausbau öffentlicher Verkehrsmittel / ÖPNV.
- Müll: Vermeidung von Mülltourismus, Plastiksteuer / Regelung gegen Verpackungswahn, finanzielle Unterstützung für Müllentsorgung, mehr Unterstützung für Müllentfernung aus den Ozeanen, Verlängerung der Herstellergarantie, Einführung einer europäischen Agentur für Müllentsorgung.
- Nachhaltigkeit: Regelung und Aufklärung über Abbau natürlicher Ressourcen, Förderung nachhaltiger Landwirtschaft, CO₂-Footprint für jeden Bürger und jede Bürgerin, Energiekonzept für die Zukunft.
- Allgemein: effektives Durchsetzen aller Maßnahmen zur Einhaltung von Grenzwerten.

Thema EU erlebbar machen / Austausch

Meinungsbild Status Quo

- Positiv bewertet werden offene Grenzen mit dem Schengener Abkommen, die gemeinsame Währung und Städtepartnerschaften. Auch die gemeinsame Wertebasis Europas (Menschenrechte), das Gefühl der Zusammengehörigkeit aufgrund ähnlicher Kulturen und Werte sowie das Herausbilden einer europäischen Identität werden hervorgehoben.
- Negativ gesehen wird, dass das Bildungsniveau zwischen den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich ist und es wenig Schüleraustausch zwischen Deutschland und internationalen Ländern gibt. Zu viel Bürokratie zwischen den Mitgliedstaaten wird ebenso kritisch gesehen wie der noch zu geringe Datenaustausch bei der Polizei.

Ideen für die Zukunft der EU

- Studium / Ausbildung: Förderung von Erasmus, Europäische Universitäten mit gleichwertigen Abschlüssen, gleiche Studiengebühren (oder keine) an europäischen Universitäten, Einführung einer dualen Ausbildung in Europa mit Austauschmöglichkeit.
- Schule: Schüleraustausch gezielt fördern, Digitalisierung in Schulen und internationalen Austausch (z.B. Skype-Räume).
- Weitere Austauschmöglichkeiten: Förderung kostenloser europaweiter Meet-Ups, günstigeres Reisen, Förderung auch für kleinere Austauschprogramme (z.B. durch pauschalen Reisekostenzuschuss), weniger Bürokratie bei Austauschprogrammen.
- Europäische Zusammenarbeit: Gemeinsame Europäische Armee, EU-Freiwilligendienst, Europäische Fußballliga, von anderen Ländern lernen (z.B. Rentensystem Norwegen), transparentere Entscheidungsprozesse im Europäischen Parlament.
- Sprache: Gesamteuropäisches Angebot für Spracherwerb, Englisch als Arbeitssprache (trotz Brexit) beibehalten, bessere Kommunikation zwischen Mitgliedstaaten.



Thema Sicherheit / Rechtsstaat

Meinungsbild Status Quo

- Besonders geschätzt wird an der EU die Möglichkeit des freien Reisens, der EU-Führerschein, Religionsfreiheit, Meinungsfreiheit, Gleichbehandlung und die Gewissheit, sicher zu leben.
- Negativ gesehen wird ein ungleicher Maßstab („die Großen“ vs. „die Kleinen“), die Ermöglichung von Kriminalität und Terrorismus sowie das Verlorengehen von Werten und Respekt. Auch die Zusammenarbeit in der Terrorismus- und Verbrechensbekämpfung wird kritisch gesehen.

Ideen für die Zukunft der EU

- Europäische Verwaltung effizienter und effektiver machen.
- Zusammenleben: Gemeinsame Richtlinien und Werte für die EU festlegen sowie Sanktionen für Nichteinhaltung einführen. Die Integrationsarbeit innerhalb der EU verstärken.
- Polizei / Innere Sicherheit: Den Datenaustausch zwischen nationalen Polizeien ermöglichen. Die Polizeipräsenz sowie Überwachung an Bahnhöfen und öffentlichen Plätzen erhöhen. Strengere Strafen für Straftaten festlegen und Strafen EU-weit vereinheitlichen.
- Verkehr: Eine EU-weite Maut-Regelung mit einer Verteilung der Einnahmen auf nationale Töpfe. Eine Vereinheitlichung im Verkehrsrecht.
- Verbraucher/innen: EU-weite Musterfeststellungsklagen ermöglichen. Rechtsanwälte nach Erfolg bezahlen.
- Äußere Sicherheit: Europäische Sicherheitsorgane mit mehr Befugnissen ausstatten. Gemeinsamen Schutz der Außengrenzen forcieren. Ein gemeinsames Militär.

Thema Bildung

Meinungsbild Status Quo

- Besonders geschätzt wird an der EU die universitäre Lehre, da sie – speziell in Deutschland – im internationalen Vergleich praxisrelevant ist durch Fachhochschulen und duales Studium. Insbesondere der Bildungsaustausch wird positiv gesehen: der akademische Austausch auf universitärer und wissenschaftlicher Ebene wird sehr gut bewertet. Austauschprogramme wie Erasmus bauen Grenzen ab und ermöglichen einen neuen Horizont. Auch die Anerkennung von z.B. der Krankenversicherung innerhalb der EU macht einen Bildungsaustausch deutlich einfacher.
- Negativ gesehen wird, dass die Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Zertifikate kompliziert und langwierig ist. Zusätzlich gibt es eine mangelnde Vergleichbarkeit von Abschlüssen und Ausbildungen, da die Bildungsqualität sehr unterschiedlich ist in den

jeweiligen EU-Ländern. Auch das Elternhaus hat EU-weit weiterhin zu großen Einfluss auf die Bildungschancen.

Ideen für die Zukunft der EU

- Allgemein: Vermittlung von Werten, Ethik und politischer Bildung in der Ausbildung stärken. Musik, Sport und Kultur für Kinder und Jugendliche stärker finanziell fördern, sodass das Elternhaus für den Zugang nicht mehr so entscheidend ist.
- Zeugnisse und Abschlüsse EU-weit aussagekräftig / verständlich für unterschiedliche Systeme gestalten und (besser) anerkennen.
- Bildungsaustausch: Den Ausbau von Erasmus auf allen Eben (Universität, Ausbildung, Schule) vorantreiben. Bestehende bürokratische Hürden abbauen und Auslandsaufenthalte wie über Erasmus vereinfacht anerkennen.
- Studium: Verpflichtenden praktischen Teil im Hochschulstudium integrieren. Semesterzeiten EU-weit anpassen.
- Bildungssystem: Studie zum Vergleich verschiedener Bildungssysteme durchführen und besonders gut funktionierende Systeme nach Möglichkeit EU-weit übernehmen. Ganztagschulen wie in Frankreich und skandinavischen Ländern für die gesamte EU überlegen.
- Schule: Die finanzielle Förderung von Schüler/innen verbessern und den Zugang niedrigschwelliger gestalten. Realitätsnahe Lehrinhalte (z.B. Steuern, Allgemeinbildung, Bürgerrechte) stärken. Unterschiedliche Methoden und Medienmix bei der Vermittlung von Inhalten. Außerschulische Tätigkeiten stärker fördern, z.B. Sportvereine.
- Sprache: Sprachkurse/-angebote für Schüler/innen und für Erwachsene sowie Zuwanderer ausbauen und fördern. Esperanto-Unterricht könnte verstärkt gegeben werden. Zweisprachigkeit ab der Kita fördern durch qualifiziertes Personal.
- Ausbildung für Flüchtlingslehrer unterstützen.
- Ältere Menschen weiterbilden, z.B. zur Digitalisierung und Führerscheinprüfungen erneuern.

Thema Wirtschaft / Finanzen / Euro

Meinungsbild Status Quo

- Besonders geschätzt werden die Zollunion der EU sowie die einheitliche Währung. Die Förderung des ländlichen Raums wird positiv gesehen sowie der EU-Länder-Ausgleich. Die Erleichterung der grenzüberschreitenden Berufsausführung ist ein Plus.
- Negativ gesehen werden die Überregulierung durch die EU und zu viel Bürokratie. Subventionen der EU sind zu komplex und z. B. in der Landwirtschaft falsch ausgelegt: hier geht es nach Masse statt Qualität. Zudem wird die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) für kleinere Gemeinden und Betriebe als nicht-umsetzbar gesehen. Die Unterschiede in Freihandelsabkommen („Doppelmoral“ beim Freihandel mit USA / Afrika) werden zudem

negativ gesehen. Schiedsgerichte werden als ein unfaires Instrument gesehen. Steueroasen innerhalb der EU sind ein weiterer negativer Punkt. Die schlechte Internetanbindung im ländlichen Raum ist zu bemängeln.

Ideen für die Zukunft der EU

- Allgemein: Bürokratie abbauen. Mehr Verantwortung für wirtschaftliches Handeln zeigen. Lobbyismus begrenzen. Bei Entscheidungen ein Einstimmigkeitsprinzip (min. 80% dafür) einführen.
- Finanzsystem: Finanztransaktionssteuer EU-weit einführen. Bankentrennung vornehmen. Einheitliche Bußgelder einführen. Europäische Banken-Regelungen schaffen.
- Unterstützung EU-Länder: Solidarität auch in Krisen zeigen – solange die Rahmenbedingungen eingehalten werden. Unterstützung an gemeinsame Werte knüpfen.
- Subventionen: Mehr Transparenz bei Subventionen. Qualität in den Mittelpunkt der Kriterien rücken.
- Technologie: Flächendeckenden, guten Internetzugang sichern (Breitbandausbau). Sicheren Herkunftsnachweis von Waren ermöglichen – z.B. mit Hilfe der Blockchain-Technologie. Übersetzungssoftware fördern. Kryptowährungen fördern. E-Governance stärken. Forschung und Entwicklung fördern.
- Unternehmen: Europäische Wirtschaftsförderung stärker auf kleine Unternehmen ausrichten. Einheitliche Voraussetzungen für Gewerbetreibende schaffen (bei der Auftragsvergabe etc.). Bürokratieabbau für Unternehmen. EU-weite Unternehmenssteuer einführen.
- Arbeit: Mindestlohn EU-weit einführen. Sprachprüfungen ohne vorher abgelegte Kurse ermöglichen. Fachkräfteaustausch EU-weit fördern. Willkommenskultur für Gastarbeiter stärken, um langfristige Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Thema Gemeinsame Außenpolitik

Meinungsbild Status Quo

- Besonders geschätzt wird die EU als Garant für Frieden sowie die gemeinsame Stärke Europas. Die aktuelle Entwicklung, dass die Türkei – kurzfristig – nicht aufgenommen wird, wird positiv gesehen.
- Negativ gesehen wird, dass es kein gemeinschaftliches Auftreten international gibt – es fehlt an Abstimmungen. Die strukturelle Hilfe greift zudem zu kurz. Nicht alle Mitgliedstaaten halten sich an die gemeinsam gesetzten Regeln. Es gibt keine EU-weite Rüstungsexport-Beschränkung. Entwicklungsländer erhalten nicht genug Unterstützung durch die EU.

Ideen für die Zukunft der EU

- Allgemein: Rechte und Pflichten angemessen verteilen. Offenen und ehrlichen Umgang zwischen Mitgliedstaaten schaffen.
- Politische Struktur: EU-Parlament stärken und einen gemeinsamen Außenminister benennen / wählen. Grundsatzfragen durch europäische Volksentscheide klären.
- Verteidigung: Eine gemeinsame Armee unter Hoheit des EU-Parlaments schaffen und Militäreinsätze besser koordinieren. Einen gemeinsamen Grenzschutz einführen. Rüstungsexporte begrenzen.

IV. Fazit

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten sehr engagiert und konstruktiv. Die Grundstimmung gegenüber der EU lässt sich insgesamt als nicht unkritisch, aber doch positiv und befürwortend beschreiben. Die meisten Teilnehmer/innen sehen in der EU eine Institution, die gemeinsame Themen gut für alle Mitgliedstaaten regeln und regulieren kann. Bisherige Projekte und Erfolge der Zusammenarbeit und des innereuropäischen Austausches wie Frieden, offene Grenzen, das Erasmus-Programm oder der EU-Führerschein wurden positiv bewertet.